

Federf. : DKP-Ratsfraktion

Vorlage für den	Berichterstatter	Sitzung am	Punkt
Haupt- und Finanzausschuss		27.08.2007	

öffentliche Sitzung

Betrifft:

Vorschlag gem. § 7 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Gladbeck und seine Ausschüsse

hier: Antrag der DKP-Ratsfraktion

- Programme für die Resozialisierung Gladbecker Bürger mit rechtsextremen Gedankengut -

Begründung:

(ggf. zusätzlich)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Roland, sehr geehrte Damen und Herren,

den o.g. TOP möchten wir in der öffentlichen Sitzung des nächsten Haupt- und Finanzausschusses am 27.08.07 behandeln.

In der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung am 11.06.07 (vor neun Wochen) wurde das Thema: "Aktivitäten von Faschisten in Gladbeck" behandelt.

Die Verwaltung berichtete aus ihrer Sicht über die derzeitige Situation des Rechtsextremismus in Gladbeck und forderte alle Verantwortlichen der Stadt Gladbeck auf, "Aktivitäten von Rechts" sehr aufmerksam zu beobachten und zu verfolgen.

Dass sich die Aktivitäten von Faschisten in Gladbeck seit etwa einer Woche extrem gemehrt haben, ist nicht mehr zu übersehen!

Die Berichte in den Medien, sowie zahlreiche Aufkleber, Flugzettel, Plakate und Sprayereien mit rechtsextremen Aussagen, sowie etliche Anzeigen wegen Volksverhetzung belegen das deutlich.

Das rechtsextreme Gedankengut kursiert auch nicht ausschließlich in Form der o.g. Propaganda, die eher eine Minderheit der Bürger bewusst wahrnimmt, anderen aber ins Unterbewusstsein gepflanzt wird, sondern wird z.B. auf zahlreichen Internetseiten verbreitet. Hier ist die Zielgruppe 14 - 35-jährige.

Im folgenden einige Beispiele:

- www.an-gla.de.vu
- www.freie-nationalisten-gla.de
- www.widerstand.info
- vertrieb@resistore.net

Als Verantwortliche der Stadt Gladbeck sind wir umso mehr gefordert, Strategien zu konkretisieren, die couragiert diesen rechtsextremen Entwicklungen entgegenwirken.

Mitzeichnungen				
Bürgermeister	Erster Beigeordneter:	Beigeordneter/ Stadtkämmerer:	Beigeordneter/ Stadtbaurat:	Rechtsamt:
Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____

Zahl der erforderlichen Protokollauszüge: _____

Wegen der Vielschichtigkeit dieses Problems sind sicherlich Politik, Staatskanzlei, Innenministerium, Jugendamt, Schulen, caritative und kulturelle Einrichtungen, usw. bei der Entwicklung von Projekten und Programmen gegen den Rechtsextremismus und zur Resozialisierung, mit ins Boot zu nehmen.

Sicherlich muss über effektivere Prävention nachgedacht werden.

Die Tatsache aber, dass viele sogenannte Mitläufer, die meist noch nicht straffällig aufgefallen sind, in ihrem derzeitigen Bekanntenkreis intensiv rechtsextrem beeinflusst werden, zwingt zu Maßnahmen, die weit über die eigentliche, noch zu intensivierende Prävention hinausgehen.

Aussteigerprogramme mit entsprechenden Lebenshilfen können beispielsweise bewirken, Menschen mit rechtsextremem Gedankengut zu resozialisieren und wieder in die demokratische, soziale Mitte unserer Gesellschaft zu integrieren. Der Gefahr, durch Stigmatisierung rechtsextremes Gedankengut zu verfestigen, würde so entgegengewirkt.

Nicht zuletzt müssen die Ursachen für den Nährboden rechtsextremer Auswüchse benannt und beseitigt werden.

An dieser Stelle sind sicher über die Erweiterung von Angeboten für Jugendliche und Kinder (Jugendheime, Bolzplätze, Proberäume,...) zu sprechen, wie auch über den vehementen Einsatz für z.B. Ausbildungsplätze für jeden, um Zukunftsperspektiven zu ermöglichen. Die erfolgreiche Integration von Migrantinnen und Migranten ist selbstverständlich ein weiterer Aspekt in diesen Zusammenhängen.

Die Verwaltung wird gebeten, nach Projekten und Programmen zu recherchieren, die sich schon als erfolgreich bestätigt haben und in der kommenden Haupt- und Finanzausschusssitzung davon zu berichten.

mit guten Wünschen

Angela Szczotok, stellvertr. DKP-Fraktionsvorsitzende

In der Sitzung des

_____-Ausschusses

Rates

Haupt- und Finanzausschusses

am _____ (nicht - öffentlicher Teil) wurde wie folgt beschlossen: